

Guten Morgen. Ich möchte *dem Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern* danken mich zu dieser Konferenz einzuladen. Das Thema ist nicht nur interessant, aber auch unheimlich aktuell – Israelis und Palästinenser – Leben unter Diskriminierung und Rechtlosigkeit?

Weil JA, die Palästinenser leben unter konsequenter Diskriminierung und in einem rechtsfreien Raum.

Unsere Internationale Gemeinschaft schaut in Wirklichkeit passiv zu gegenüber den dokumentierten und stetig zunehmenden Verletzungen des Völkerrechts.

Wir schauen alle mit Grusel auf die russischen Aggressionen in der Ukraine. Und die Reaktionen von uns allen sind sofort gekommen. Obwohl die Verbrechen verschiedene sind, bedarf es bei beiden Reaktionen. Die Doppelmoral muss begrenzt werden, wenn die Internationale Rechtsordnung nicht seine ganze Glaubwürdigkeit verlieren soll. Die Vereinten Nationen haben vor Jahren entschieden, dass die fünfzig Jahre andauernde israelische Besatzung illegal ist.

Es ist gegen Vernunft und Rechtsgedanken, dass diese einfach fortgesetzt werden kann. Was in den letzten Wochen passiert ist zeigt deutlich, wie schlimm die europäische Lähmung ist, wenn es sich um Israels Politik handelt.

Vor kurzer Zeit wurde die berühmte Al-Jazeera Journalistin Shireen Abu Akleh ermordet. Vermutlich von israelischem Militär. Es war natürlich nur EIN Mord von der schrecklichen Anzahl von Ermordeten. Allein in diesem Jahr sind 39 Zivilisten ermordet worden – davon 11 Kinder (*Palestinian Centre for Human Rights, 28 May*). Die Ermordung von Shireen war ein klarer Angriff auf die Presse. Die Medienfreiheit ist normalerweise ein wichtiger EU-Grundwert, für den wir kämpfen. Trotzdem bekam dieser Mord nur ein wenig mehr Aufmerksamkeit als andere. (*Um von den vielen Ermordeten zu hören, muss man Haaretz lesen*). Seit dem Jahr 2000 sind mehr als 40 palästinensische Journalisten ermordet worden. Direkte Angriffe auf Medien müssen enden. Sie sind ja diejenigen, die von den Verbrechen berichten.

Als wäre der Mord nicht genug, kam dazu der groteske Überfall auf die Beerdigungstrauernden. Die Militärpolizei hat die Sargträger gewaltsam geschlagen. Dagegen hatten unsere Politiker nichts zu sagen.

Am Sonntag hat Israel dem Vorsitzenden der Palästina-Delegation des Europa-Parlaments die Einreise nach Israel – ganz kurze Zeit vor seiner Abreise – verweigert.

Aber am selben Tag war die Präsidentin des Europa-Parlaments, Roberta Metsola, in Israel, wo sie nur ganz kurze Zeit für die Palästinenser hatte. Wir haben von keiner Kritik gehört über die Einmischung in die Arbeit der Palästina-Delegation und dass uns seit über zehn Jahren nicht erlaubt wurde, in Gaza einzureisen.

Ansonsten hat sie die Realität der israelischen Regierung gebilligt und hat der ganzen Welt von der einzigartigen Wertegemeinschaft zwischen der EU und Israel erzählt.

Häuser und Wohnungen werden in wachsendem Umfang von den Siedlern zerstört. Wie auch die Zerstörung von Schulen, Wasseranlagen, Stromversorgung und andere Lebensnotwendigkeiten, die oft von der EU bezahlt sind – ohne Konsequenzen für Israel.

Menschen werden zwangsweise in großer Zahl umgesiedelt, was in Wahrheit Kriegsverbrechen sind. Die illegalen Siedlungen verbreiten sich ständig, wie auch die Gewalt gegen die zivilen Palästinenserinnen und Palästinenser – und beides ist von den israelischen Behörden offensichtlich erlaubt.

Der Fokus für diese Schlussdebatte ist *Perspektiven für eine zukünftige Nahostpolitik*. Wenn wir in Europa wirklich helfen möchten, eine Lösung für diese unglückliche Situation zu finden, müssen wir zusammen für Gerechtigkeit kämpfen. Und es gibt keine Gerechtigkeit, wenn ein Volk besetzt, gejagt, gehetzt und täglich terrorisiert wird.

Wir müssen gegen die Übergriffe handeln – nicht nur für die Palästinenser, aber auch für Israel, wenn Israel eine Zukunft als demokratische Gesellschaft haben soll. Echte Freunde Israels werden sagen: Schluss mit der Besetzung und all den grauenvollen Folgen, die sie hat. Etwa so - hat ein früherer Vorsitzender des Parlaments gesagt – der hoch respektierte Hans Georg Pöttering, deutscher Christdemokrat. Ich vermisse ihn sehr im Parlament.

Apartheid/ Masafar Yatta

Mehrere leitende israelische, palästinensische und internationale Organisationen – zum Beispiel Human Rights Watch und Amnesty International – haben die Situation in Israel und in den besetzten Gebieten Apartheid genannt. Apartheid ist vom ICC als Verbrechen definiert.

Neue Siedlungen werden auf Land, das seit Jahrhunderten von Palästinensern bewohnt gewesen ist, gebaut. Trotzdem wird Israel immer noch als die einzige Demokratie im Nahen Osten gelobt. Tötungen von Steine werfenden jungen Menschen und Kindern sollen wir als „Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen“ verstehen.

Die Ungerechtigkeit endet nie, wenn wir nicht eingreifen. In diesem Monat hat das höchste israelische Gericht grünes Licht zur Zwangsumsiedlung von mehr als zweitausend Palästinensern in Masafar Yatta gegeben – direkt gegen das Völkerrecht. Das wird die größte Vertreibung seit den siebziger Jahren sein.

Dieses Urteil ist schon an sich furchtbar, aber noch schlimmer ist es, dass es der israelischen Regierung erlaubt, auch in Zukunft gleichartige Aktionen auszuüben.

Wieder fehlt uns hier der internationale Druck und die Antworten, die sofort ins Spiel kämen, wenn dieses Unrecht in anderen Teilen der Welt passierte.

Kein Handel mit Siedlungen

Einfach und schnell wäre es, den Handel mit illegalen Siedlungen zu beenden. Es wäre keine „Sanktion“, aber ein rechtliches Mittel, das keinen Beschluss des EU-Ministerrats benötigt. Das Völkerrecht gilt in allen Ländern und kann nicht abgestuft werden.

Pro Einwohner importiert die EU hundert Mal mehr pro israelischer Siedler als pro Palästinenser. Solche Zahlen bedeuten, sich für die Siedler, gegen die Besetzten zu entscheiden, und das ist ein Hohn gegen das Völkerrecht.

Handel mit illegalen Siedlungen zu stoppen würde ein starkes Signal sein, dass die EU territoriale Aggression nicht länger mit Handel und Profit belohnen wird.

Wir sollten alle die Europäische Bürgerinitiative unterstützen – die sogenannte ECI (EBI) – die ein Gesetz gegen Handel mit Siedlungen fordert. Nicht nur für Palästina, aber zum Beispiel auch für den Teil von Westsahara, der von Marokko besetzt ist, was auch vom Internationalen Gerichtshof als illegal verurteilt wurde.

Wirtschaft

Palästinas Wirtschaft wird nur mit Unterstützung von außen einigermaßen aufrechterhalten. Palästina bekommt in Wirklichkeit die meiste Entwicklungshilfe pro Einwohner in der Welt.

Aber Studien zeigen, dass vieles von der Hilfe in Israels Taschen endet, weil die Israelis alle Grenzübergänge kontrollieren und sich gut dafür bezahlen lassen.

Dazu kommen die harten israelischen Regeln darüber, was nach Palästina eingeführt werden darf. Schraubenmuttern dürfen nur eine besondere Größe haben, Rohre eine andere, Dünger ist verboten, sowie bestimmte Arznei- und Kommunikationsmittel, Röntgengeräte und mehrere Sorten Batterien und so weiter.

Weil niemand jemals gegen die israelische Politik spricht, können sie so arrogant handeln. Aber ganz ehrlich, warum nicht einfach die brutalste Version des Zionismus durchziehen: Israel 'from the river to the sea' und die Palästinenser vertreiben oder in kleine Reservate einsperren? Warum nicht, wenn es keine Folgen hat?

Wir müssen zurück zur einzigen Lösung die es für diesen Palästina und Israel zerstörenden Konflikt gibt: Die Zweistaatenlösung mit den Grenzen von 1967 und Ost-Jerusalem. Das gibt zwar den Palästinenser nur 22% des historischen Palästinas, das ist aber, was Arafat 1988 akzeptierte und was die internationale Gesellschaft, inklusive der EU, gebilligt hat.

Obwohl die Lösung nicht gerade fair aussieht, insbesondere im Vergleich mit dem ursprünglichen Teilungsplan der UNO von 1949 (48% für Palästina, 52% für Israel); aber es ist die Lösung, die wir haben, und die den beiden Völkern die Möglichkeit gibt, ein freies und würdiges Leben zu leben. Natürlicherweise unter der Voraussetzung, dass die Palästinenser Hilfe und Unterstützung bekommen – und dass Israel anerkennt, dass die vielen illegalen Siedlungen wegmüssen, so wie auch Mauern, Siedlerstraßen und der ganze Rest, der sich derzeit durch das schon kleine Palästinensergebiet schneidet.

Wie ich oft sage, können Bulldozer auch im Dienst des Guten genutzt werden.

Ich verstehe nicht, dass es in der Öffentlichkeit weiter heißt, dass die arabischen Länder Israel einsperren und Israels Möglichkeiten in der Welt begrenzen. Lasst mich nur daran erinnern, wer im Nahen Osten Mauern baut. Das ist Israel.

2003 boten alle arabischen Länder an, Israel anzuerkennen, wenn Israel die Zweistaatenlösung akzeptiert und Palästina Freiheit und Souveränität über die genannten 22% gibt. Diese einzigartige Möglichkeit für Frieden und Sicherheit in der ganzen Region hat Israel einfach ignoriert.

Aber so lange wir als Weltgemeinschaft nur passiv zusehen, wie die Lebensmöglichkeiten der Palästinenser zerstört werden, hat Israel nicht wirklich einen Grund, mit den Vertreibungen und der Gewalt aufzuhören. *Ja, mit der Besatzung.*

Demokratie

Wir, die aktiv für Frieden und Gerechtigkeit für die Palästinenser arbeiten, werden oft von Israel beschuldigt, wir würden die palästinensischen Behörden nicht kritisieren. Aber ich verspreche euch, dass ich mich nicht zurückhalte!

Korruption, Vetternwirtschaft, Übergriffe und wiederholtes Absagen von Präsidenten- und Parlamentswahlen sind große Probleme, welche von den Meisten anerkannt werden, und was auch laut gesagt wird. Aber sie sind ja nicht die Grundursachen des Konflikts.

Das ist die Besatzung und die immer schlimmer werdenden Leiden, die sie den Palästinensern auferlegt. Gleichzeitig untergräbt sie die Legitimität Israels und schädigt den Ruf des Landes. Es bringt sogar viele Israelis zum Auswandern, weil das Leben als Besatzungsmacht sie verrückt macht.

Die grundlegenden Menschenrechte sind für uns alle eine Bedingung für ein würdiges Leben. Darum sollten wir mit allen rechtlichen Mitteln einschreiten, um den wiederholten Annexionen von palästinensischem Gebiet und den unzähligen täglichen Übergriffen, ja der Besatzung ein Ende zu machen.

Ich freue mich auf eine fruchtbare Diskussion.

Danke für Ihre Zeit.

Margrete Auken, MEP

margrete.auken@europarl.europa.eu